

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2943

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2943



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Kleinkinder-Betreuung: Eine Bundesaufgabe?

Funktionärsherrschaft zermalmt Selbstverantwortung

Von Ulrich Schlüer, Verlagsleiter «Schweizerzeit»

Funktionärsbürokratie beherrscht Bundesbern. Von Jahr zu Jahr aufwändiger. Von Jahr zu Jahr teurer.

Ein Lehrbeispiel krebstartig auswuchernder Funktionärsbürokratie liefert die inzwischen Milliarden verschlingende Unterwerfung der Kitas, der Kinder-Tagesstätten unter die Funktionärslenkung Bundesberns.

Jammeriaden

Die Klagen begannen – von linken Politikern im Verbund mit linken Medienmachern sorgfältig orchestriert – vor gut zehn Jahren: Die Komplexität heutiger Lebenswirklichkeit überfordere Eltern bei der Kindererziehung von Jahr zu Jahr einschneidender. Für zeitgerechte, alle Aspekte moderner, zunehmend von Allein Haushalten ausgehender Erziehung fehle es heutigen Normalbürgern zunehmend «an Horizont». Höchste Zeit, die Kleinkinder-Erziehung exzellent ausgebildetem, professionell arbeitendem, ideologisch richtig tickendem Personal anstelle von überforderten Eltern zu übertragen. Auch deshalb, weil modernen Müttern erfüllende Lebensbefriedigung nie und nimmer zuteil werde, solange sie an die Kinderzimmer des eigenen Nachwuchses gefesselt blieben. Professionalisierung unter Staatsaufsicht: Das sei das Gebot der Stunde.

Man ging – als Eveline Widmer-Schlumpf in Bern noch das Szepter führte – sogar noch weiter: Wenn Grosseltern weiterhin Enkelkinder betreuen möchten, dann hätten sie, weil allzu altväterischen Lebensgrundsätzen verhaftet, eine Prüfung abzulegen und sich staatlicher Aufsicht zu unterstellen.

Anschubfinanzierung

Konnte solche Krönung von unsinnigen Anordnungen politisch zwar knapp verhindert werden, so stiessen Appelle an die Kantone, Elternverantwortung in der Kleinkinder-Erziehung endlich staatlich anerkannten «Professionals» zu übertragen, vorerst eher auf taube Ohren. Da nahmen die Marktschreier und -schreierinnen der Kleinkinder-Erziehungsverstaatlichung das Eidgenössische Parlament ins Visier: Obwohl für Kleinkinder-Erziehung für Bundesbern keinerlei Verpflichtung aus der Bundesverfassung abgeleitet werden könne, müsse das Parlament modernen Erziehungsgrundsätzen Schub verleihen – durch eine Millionen verschlingende, aber angeblich zeitlich begrenzte «Anschubfinanzierung». Die Linke vermochte solches zu Bundesbern durchzusetzen – weil die orientierungslose Mitte vor beschworenem angeblichem Zeitgeist kurzerhand alle Segel strich.

Dass von Kopfnickern zugestandene Anschubfinanzierung Metastasen – eine unendliche Folge weiterer und weiter wachsender Millionenaufwendungen – nach sich ziehen würde, war voraussehbar: Was Bundesbern unter Ausbau der Funktionsärsapparate zu finanzieren beginnt, kann Bundesberns Funktionären nie und nimmer je wieder entrissen werden...

Damit nicht genug: Bundesbern scheint diese gemäss Verfassung Nicht-Aufgabe bald wichtiger einzustufen als die Sicherheit des Landes – ablesbar im von Schwindsucht erfassten Armeebudget.

Notsituation

Denn bereits schlägt Links-Grün wieder Alarm. Offenbar haben die bisher aufgewendeten, den Zahlern der direkten Bundessteuer aus ihren Geldbeuteln geraubten Millionen bisher nichts anderes als Schaden ausgerichtet. Eine «Krisenkonferenz» wurde als unaufschiebbar erklärt. Denn die Kitas seien in Not, weil das Kita-Personal – so sehr es auch vom Bund gefördert wird – offenbar grotten-schlecht sei.

Und sie kamen: Die Funktionäre der Gewerkschaften ebenso wie die Funktionäre der Arbeitgeberverbände, die Funktionäre von Eltern- bzw. nach Elternersatz rufenden Verbänden, die Funktionäre staatlicher und halbstaatlicher Erziehungsorgane, die Funktionäre der Wissenschaft, die Funktionäre des Bundes, die Funktionäre der Kantone, die Funktionäre der von ungelösten Erziehungsproblemen offenbar besonders belasteten Städte, die Funktionäre der organisierten Lehrerschaft und die Funktionäre der Funktionsverbände. Und rechtzeitig organisierte Medienstimmen verbreiteten alsogleich willig deren Hauptforderung: Für eine noch nicht klar umschriebene «Qualitätsoffensive» müsse eine blanke Milliarde her! Auf dass das restlos überforderte Kita-Personal seine Aufgaben endlich professioneller zu erfüllen in die Lage versetzt werde. Alles, was man bis

jetzt gemacht hat, hat offenbar, obwohl Milliarden an Steuergeldern dafür verbraucht worden sind, nur geschadet...

Titel und Zertifikate

Wer als Funktionär auf (schein-)akademischem Fundament bessere Ausbildung für Ausbilder und Betreuer von Kleinkindern verlangt, verlangt selbstverständlich staatlich anerkannte Lehrgänge mit Zertifikaten und akademischen Titeln für die Absolventen.

Nur ein Bachelor-Titel genügt dafür kaum mehr. Mindestens ein Master muss (selbstverständlich lohnwirksam) schon drinliegen. Und auch dem Windelwechseln müsse künftig mittels anerkanntem Diplom höhere Reputation zukommen...

Wer Selbstverantwortung, Elternverantwortung völlig ausmerzen will, will offensichtlich Eltern um Milliarden erleichtern. Damit er Professionelle, was immer sie leisten, mit vornehmen Titeln und grosszügigeren Salären versehen kann. Damit man dann wenig später feststellen kann, man habe mit der geforderten Milliarde zwar «gewisse Verbesserungen» erzielt, die allerdings sofort, damit Erreichtes konsolidiert werden könne, weitere Investitionen erforderlich machen würden. Betreuung nur noch in Kleingruppen sei anzustreben. Und ideal wäre ein System «Ein Betreuer (aber keinesfalls Mutter oder Vater) pro Kind»...

Alles sei durch Funktionäre zu erbringen, die Rot-Grün auswählen will, auf dass die Roten und die Grünen von ihnen in kommenden Wahlen auch profitieren können.

Die Realität

In Zeiten, da sich vor der Wirtschaft grosse Schwierigkeiten türmen, da Tausende um ihre Arbeitsplätze fürchten, da Betriebe feststellen müssen, dass ihnen der Boden, auf dem sie jahrelang erfolgreich und zukunftsgerecht gewirtschaftet haben, plötzlich durch obrigkeitliche Massnahmen ganz oder zumindest substantiell entzogen wird, wo die von den Stillstands-Funktionären in der Wirtschaft aufgerissenen Löcher nur mit Milliardenaufwand Schritt für Schritt wieder aufgefüllt werden können: In solcher Zeit wollen sich Funktionäre eine volle Milliarde unter den Nagel reissen für Aufgaben, vor denen sie bisher offensichtlich versagt haben.

Wer seines Verstandes noch mächtig ist, der weiss: Wirtschaft und Gewerbe ertragen heute keine weitere Zusatzmilliarde für Versager im staatlichen Erziehungsapparat. Wirtschaft und Gewerbe brauchen Entlastung. Entlastung von Steuern, Entlastung aber auch von einschnürender, kostentreibender

Regulierung. Die Milliardenforderung der Erziehungsbürokraten steht dazu quer in der Landschaft.

Stellvertreter

Den Vogel in Sachen weltfremder erziehungspolitischer Ansprüche schiessen derzeit die links-grünen Aktivisten und Aktivistinnen ab, die es in den letzten Monaten in die Parlamente geschwemmt hat, weil viele Wähler plakativ vorgetragenen grünen Beteuerungen Glauben geschenkt haben.

Neuerdings erklären sich zahlreiche der jungen Neugewählten als durch die parlamentarische Arbeit überfordert. Die Erziehung ihrer Kinder, die sie eigentlich – bislang offensichtlich versagenden – professionellen Betreuern zugeschanzt hatten, raube ihnen derart viel Kraft, dass der Staat ihnen vom Steuerzahler zu bezahlende Stellvertreter für die Parlamentsarbeit zur Verfügung zu stellen habe.

In der Stadt Zürich scheinen sie mit dieser Arbeitsbefreiungsforderung sogar Erfolg zu haben. Wobei klar ist: Für Demonstrationen, wo sie ihre Forderungen hinausschreien können, sowie für «Club» und «Arena», wo sie sich mit gleichen Forderungen in Szene setzen können, stehen sie durchaus weiterhin persönlich zur Verfügung. Für die etwas anstrengendere parlamentarische Arbeit vor allem in den Kommissionen – dafür soll ihnen der Staat bezahlte Stellvertreter zur Verfügung stellen.

Solches haben sich Wählerinnen und Wähler eingebrockt, als sie vertrauensselig rot-grünen Parolen von Exponenten erlagen, die noch nie im Leben auch nur einen Franken zum eigenen Lebensunterhalt beizutragen hatten.

Ulrich Schlüer